

Dresdener Volkszeitung

Verlagsort: Leipzig.
Raben & Comp., Nr. 20718.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bankkonto:
Gebr. Arnhold, Dresden.

Abonnementspreis einschließlich Frangobrief monatlich 2.00 M. Durch
die Post bezogen vierteljährlich 6.00 M., unter Kreuzband für Deutschland
und Österreich-Ungarn 6.00 M.

Telegramm-Adresse: Dresdener Volkszeitung.

Redaktion: Bettendorferplatz 10. Tel. 25261.
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Expedition: Bettendorferplatz 10. Tel. 25261.
Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 6 Uhr nachm.

Insertionspreis: die 7 gespaltene Nonpareilzeile 50 Pf., darauf 40 Proz
Zeruzungszuschlag, bei Familienanzeigen die Zeile 60 Pf., (ohne Zuschlag)
Insertate sind im Voraus zu bezahlen. Eine Verpachtung zur Aufnahme an
geschriebenen Tagen kann nicht übernommen werden. Für Preisrückzahlung 20

Nr. 209.

Dresden, Mittwoch den 10. September 1919.

30. Jahrg.

Verhezung und Zerfetzung.

Bei den Unabhängigen und Kommunisten spielen sich in letzter Zeit Erscheinungen ab, die nur als die Anzeichen einer vollkommenen theoretischen Hilflosigkeit und tatsächlichen Gefährdung dieser Parteien gedeutet werden können. Nachdem man im radikalen Lager das Ernteprogramm mit seiner Forderung der reinen Demokratie unter die Fäße getreten hat, hat man überhaupt jeden festen Boden unter den Füßen verloren.

Vor wenigen Tagen schrieb noch das in Berlin erscheinende kommunistische Wochenblatt höhnisch: Kein vernünftiger Mensch könne doch daran glauben, durch die Demokratie zum Sozialismus zu gelangen. Gewiß, die Leute, die das geglaubt haben und noch glauben, waren ja alle mehr oder weniger Idioten, um nur einige Namen zu nennen: Ferdinand Lassalle, August Bebel, Wilhelm Liebknecht, Jean Jaurès, auch der unabhängige Theoretiker Karl Kautsky — sie alle stehen außerhalb des Kreises der vernünftigen Leute, der vom kommunistischen Wochenblatt autoritär und unwiderstehlich festgelegt wird.

Aber während die Berliner Wochenchrift und ebenso eine kleine Hamburger Gruppe der Kommunisten die parlamentarische Enthaltenspolitik als heiliges Prinzip verfechten, macht die kommunistische Parteileitung bereits wieder einen Versuch, durch eine Hintertür in den Parlamentarismus hineinzukriechen. In der kommunistischen Korrespondenz wird ein Bericht über die Reichskonferenz der K. P. D. veröffentlicht, der unter vielen prinzipiellen und revolutionären Proben die nackte Neugierde erkennen läßt, daß man sich an den Wahlen zur Nationalversammlung nicht beteiligt hat.

Was soll die Partei des Proletariats tun? — Der Bericht beantwortet diese Frage mit den Worten: „Es bleibt ihr nur eins, im Parlament ihre Stimme zu erheben.“ Natürlich wird mit heiligen Eiden geschworen, daß dies keine Rückkehr zum Parlamentarismus sei; man wolle das Parlament nur als Agitationstribüne gebrauchen, seine Stimme in die Öffentlichkeit bringen lassen, gewisse Leute können auch nicht leben, wenn sie sich nicht ab und zu reden hören, was der Bericht in die Worte kleidet: „Wenn die Massen schwiegen, müssen ihre Vertreter sprechen.“ Aber alles Reden und Schreiben hilft doch nicht darüber hinweg, daß die K. P. D. der unterirdischen Verlogenheit, zu der sie sich durch den Wahlboykott selbst verurteilt hat, gründlich laßt ist.

Während also hier die Bewegung rückwärts ist, befindet sich die U. S. P. D. noch auf der hinteren Bahn. Sie hat die Wahlen nicht boykottiert, aber die Verhezung, mit der ihre Anhänger zu jener noch radikaleren Richtung emporschlüpfen, läßt die Bewegung zur Nachahmung des kommunistischen Beispiels immer stärker anwachsen. Gestern ist in Berlin die Reichskonferenz der U. S. P. D. unter Ausschluß der Öffentlichkeit zusammengetreten. Nicht nur die Presse, sondern auch Arbeiterräte und sonstige Funktionäre der Unabhängigen sind von der Versammlung ausgeschlossen. Man will sich erst im engeren Kreise über die Probleme, die dem unabhängigen Parteitag vorgelegt werden sollen, klar werden. Im Mittelpunkt steht die Frage: Parlamentarismus oder Nichtparlamentarismus.

Einen Vorgesmack dieser Konferenz und des folgenden Parteitags geben die Auseinandersetzungen, die sich in der unabhängigen Presse entzünden haben. In der Leipziger Volkszeitung wendet sich Liebmann gegen Webers partalistische Diktaturauffassung, in der Freiheit zerfällt ein Redaktionsartikel ebenfalls den Weberschen Standpunkt. Auf der am letzten Sonntag in Berlin abgehaltenen Generalversammlung des unabhängigen Bezirksverbandes Berlin-Brandenburg lösten die beiden Hälften der U. S. P. D. zusammen: Da sie entschied sich in seinem Referat für Parlamentarismus, Da umig als Korreferent für die Diktaturaktion. Stimmungsgemäß ist die Frage freilich bei den Unabhängigen schon entschieden. Man braucht nur die Rede Daases auf der Groß-Berliner Parteikonferenz zu lesen, das prinzipielle Bekenntnis zur Diktatur, mit dem er den radikalen Flügel zu fördern suchte, die milde Verteilung der parlamentarischen Vertretung nicht aus demokratischer Überzeugung, sondern aus reinen Nützlichkeitserwägungen, um zu sehen, daß es sich hier um ein Rückzugsgefecht des Parteiführers handelte, der ebenfalls auf den Namen eines überzeugten Demokraten Anspruch erhob.

Was Daase von den Rechtssozialisten trennt, ist nicht allzuviel, sagte Herr Däumig trödelnd und meinte damit natürlich den ganzen Rechtsflügel der U. S. P. Der Streit ist insofern charakteristisch, als er der Öffentlichkeit wieder einmal nachdrücklich zeigt, wie verschieden die Auffassungen in der unabhängigen Partei über den richtigen Weg zum Sozialismus sind. Und wie unklar diese Partei, die uns Rechtssozialisten so gern als Vertreter vorführt, sich über den alleinigen echten, wahren Sozialismus ist. Wir haben uns & D. kaum stärker gegen den Diktaturgedanken gewendet, als es die Freiheit mit Kurt Geiger tut. Wir sehen hier eine besonders lebendige Probe der:

Geiger nämlich also, daß Vertreter der Revolutionärpartei in einem Zeitpunkt, in dem offen revolutionäre Kämpfe geführt werden, in den bürgerlichen Parlamenten nicht zu suchen haben, zudem man sie dann auch beim offenen Kampfabbruch sofort unzulässig machen würde. Das soll wohl so viel heißen, daß die Wortführer der Partei, wenn es dringlich zu werden droht, sich ins Ausland zu verziehen sollen und sich so lange fern zu halten haben, bis der offene Kampfabbruch über sie ist. Das mag für den einzelnen, der seine Person für so

wichtig hält, daß er sie nicht unzulässig machen lassen will, sehr bequem sein. Von revolutionärer Bestimmung und Kampfschlaffheit zeugt sie gerade nicht.

Nein, aber von Feigheit zeugt es! Und diesen Vorwurf der Feigheit richtet die Freiheit unmittelbar gegen Kurt Geiger, der von dem sicheren Post der Leipziger Volkszeitung aus der sächsischen Regierung so tapfer den Fehdehandschuh hinwarf und ebenso tapfer antwortete, als die Truppen des Generals Märker in Leipzig einrückten. Der kleine Geiger hatte schon tagelang für diesen Fall ein Automobil gekauft; die Flucht geschah derart überstürzt, daß das Auto kaputt ging. Geiger kann nicht bestoweniger als revolutionärer Führer der Leipziger Unabhängigen seine Rolle weiter spielen. Große Worte und keine Leute!

Die neue Note.

Lugano, 10. September. In der gestrigen Sitzung des Obersten Rates über die an Deutschland zu richtende Antwort hat, wie Corriere della Sera aus Paris berichtet, Frankreich eine sehr energische Fassung vorgeschlagen, die aber von der amerikanischen Delegation verworfen wurde. Die Amerikaner werden heute eine neue Fassung vorschlagen. Nach dem Corriere della Sera ist man in amerikanischen Kreisen daraus nicht der Ansicht der Franzosen, die dem unstrittigen Artikel 61 der deutschen Verfassung eine übertriebene Bedeutung beilegen. Im Gegenteil sind sie überzeugt, daß die Gesellschaft der Nationen sofort nach ihrer Konstituierung die Vereinigung Deutschlands mit Deutschland wird anerkennen müssen, weil diese von den Oesterreichern ausdrücklich gewünscht wird.

Genf, 9. September. Davos meldet: Das neue Verhandlungsultimatum an Deutschland ist vom Rat der Verbündeten einstimmig angenommen worden. Es wird im Laufe des morgigen Tages Deutschland gegeben.

Berlin, 10. September. An zuständiger Stelle ist man über die offizielle Stellungnahme der Entente zur deutschen Note offiziell noch nicht unterrichtet, hält aber die Meldung der Pariser Blätter für richtig; da sich die deutsche Regierung bereits in ihrer jüngsten Antwortnote mit dem Verbot des Anschlusses Österreichs abgefunden habe, werde auch das neue Ultimatum der Entente keine Ablehnung finden. Wie es heißt, dürfte die Nationalversammlung in der nächsten Woche zu einer außerordentlichen Sitzung einberufen werden, um die Verfassungsänderung durchzuführen.

Für und Wider.

Wohl zu keiner Zeit sind uns aus unsem Oesterreich so oft Zuschriften zugegangen, die uns zum Teil ihre Billigung zu der von uns eingenommenen Stellung ausdrücken, zum Teil uns aber auch entgegenstellen. Das ist ein erfreuliches Zeichen dafür, daß unsre Leser an den Fragen, die jetzt unsre Öffentlichkeit bewegen, Anteil nehmen, und wir greifen deshalb gern einige Zuschriften heraus, um auf die dort erörterten Fragen nochmals einzugehen.

In einer Zuschrift, die sich mit unsem Artikel „Arbeitsleistung und Arbeiterrechte“ befaßt, wird behauptet, daß an dem Rückgang der Arbeitsleistung vor allen Dingen auch die Enttäuschung großer Teile der Industriearbeiter über unsere Gesamtzustände auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet schuld sei. Tausende von Arbeitern würden heute noch nutzlos in kleinen Betrieben vergeudet und Tausende von nicht-tuenden Parasiten fürten ein Scharakterdasein in der freiesten aller Republiken. So beklagenswert auch die Tatsache des Arbeiterrückgangs sei, so behauerlich wäre es auch, daß die Regierung auf dem Gebiete der Sozialisierung so zaghaft vorgehe.

Man kann der Meinung sein, daß auf dem Gebiete der Sozialisierung bereits mehr hätte geschehen können, als geschehen ist, aber wir glauben kaum, daß wir dann den Rückgang der Arbeitsleistung nicht zu verzeichnen hätten. Die Enttäuschung breiter Arbeiterkreise wäre auch bei sehr energischen Sozialisierungsmaßnahmen nicht ausgeblieben. Große Teile der Arbeiterklasse haben nach der Revolution eine baldige Besserung ihrer wirtschaftlichen Lage erwartet. Aber das hätten ihnen auch sehr energische Sozialisierungsmaßnahmen nicht bringen können, da die Vorteile der Sozialisierung erst nach Jahren in einer Besserung der Lebenshaltung der breiten Massen wirksam würden.

Der Verfasser der Zuschrift behauptet, daß die Volkszeitung nach der Revolution voll von Jubelrufen auf das neue Zeitalter gewesen sei. Wir möchten jedoch darauf hinweisen, daß wir auch unmittelbar nach der Revolution immer wieder betont haben, daß der Uebergang zu einer sozialistischen Gesellschaft sich nur allmählich und schrittweise vollziehen könne. Mehrere Zuschriften gingen uns als Antwort auf unsre Ausführungen über das Affordsystem zu. Bezeichnend ist, daß darin auf die wirtschaftlichen Gründe, die wir für das Affordsystem ins Feld geführt haben, nirgends eingegangen wird. Die Zuschriften berufen sich darauf, daß die Arbeiterklasse lange Zeit

Siria, 10. September. Aus Washington wird gemeldet: Die Haltung, die Deutschland in seiner Antwort auf das Ultimatum des höchsten Rates einnimmt, findet in diplomatischen Kreisen viel Anklang, denn Italien, Amerika und England haben nie etwas dagegen gehabt, Deutschland sich mit Österreich verbunden. Die Alliierten haben den darauf bezüglichen Klauseln nur beigegeben, und die Einigkeit aufrechtzuhalten.

Amerikas Zurückhaltung.

Berlin, 10. September. Die Post. Ntz. wird von unterrichteter Seite auf die sehr beachtenswerte Tatsache aufmerksam gemacht, daß die Vereinigten Staaten von Amerika in keiner der militärischen Entente-Kommissionen vertreten sind. In Washington hält man sich aus Gründen, die noch nicht ganz klar sind, die aber vermutlich in der wachsenden Uneinigkeit gegen die Einmischung Amerikas in militärische Angelegenheiten Europas ihren Grund haben, von jeder Beteiligung an solchen Dingen fern. Aus dieser Haltung Amerikas ergibt sich für Deutschland die wichtige Frage, ob die Beschlüsse dieser Kommissionen dem Friedensvertrag zufolge irgendwelche staatsrechtliche Gültigkeit und Verbindlichkeit haben. In Washington scheint man der Auffassung zu sein, daß dies nicht der Fall sei.

Die Deutschamerikaner für das deutsche Volk.

Lugano, 10. September. Wie der Corriere della Sera meldet, vertreten die Deutschamerikaner in der Diskussion über den Friedensvertrag die Ansicht, mit dem Sturz des Kaisers und der Einsetzung einer demokratischen Regierung, seien die eigentlichen Verantwortlichen am Kriege verschwunden und es bleibe nur ein unglückliches Volk an ihrer Stelle, das die Nachregelungen durch den Friedensvertrag nicht verdienen. Demgegenüber vertritt Wilson zur allgemeinen Verwunderung auf seiner Werbereise für den Völkervertrag und den Friedensvertrag die Ansicht, die Verantwortung des deutschen Volkes sei untrennbar mit jener der Regierung verbunden, die diesen Krieg verursacht und geführt habe. Diese Anschauung Wilsons erregt auch in der amerikanischen Presse lebhaftes Aufsehen, da sie mit den Entwürfen Wilsons vor seiner Reise nach Paris in Widerspruch stehen.

Die englische Zeitung Daily News vom 2. d. M. schreibt in einem Leitartikel: Der Streit zwischen den Alliierten und der deutschen Regierung über die Beziehungen Deutschlands zu Österreich ist in jeder Hinsicht zu beklagen. Das Veto der Alliierten gegen den freiwilligen Zusammenschluß zwischen Oesterreich und Deutschland ist völlig unangebracht. Es verweigert jeden Grund für die Selbstbestimmung und sei aus Gründen der Zweckmäßigkeit eine Torheit, da der Anschluß Oesterreichs an den deutschen Bund ein anfängliches Gegengewicht gegen die Vorherrschaft Frankreichs bilden würde. Deutschland sei vollumfänglich berechtigt, Vorkehrungen für den Fall eines zukünftigen Zusammenschlusses mit Oesterreich zu treffen, besonders wenn es annehme, daß der Völkervertrag diesen Plan schließlich billigen werde.

gegen das Affordsystem gekämpft habe. Damit wird natürlich nichts bewiesen. Daraus, daß die Arbeiterklasse in einer Frage eine bestimmte Stellung eingenommen hat, geht nicht hervor, daß diese Stellungnahme auch richtig war. Wenn wir die Geschichte der Arbeiterbewegung überblicken, sehen wir, daß die Arbeiterklasse ihre Anschauung in vielen Punkten geändert hat. Uebrigens sind wir der Meinung, daß die Abneigung der Arbeiterklasse gegen das Affordsystem durchaus begründet war; aber was früher zu einer Zeit, wo die Arbeitszeit lang und die Gewerkschaften schwach waren, berechtigt war, braucht heute, wo wir stark gewerkschaften und eine kurze Arbeitszeit haben, nicht mehr richtig zu sein.

Die Zuschriften gehen besonders nicht auf die Behauptung ein, daß durch den Affordlohn die Arbeitsleistung erhöht werde, und das ist doch der springende Punkt. Es mag viele geben, die so viel Pflichtbewußtsein haben, daß sie daselbe leisten, ganz gleich, ob sie durch eifrige Arbeit ihr Einkommen erhöhen oder nicht. Aber bei andern wird der Ansporn, den die bei der Affordarbeit gegebene Aussicht auf einen höheren Lohn eröffnet, durch nichts anderes zu ersetzen sein. Gerade diejenigen Arbeiter, die auch ohne Affordlohn intensiv arbeiten würden, haben ein starkes Interesse daran, daß auch ihre Kollegen dazu angepornt werden, das gleiche zu tun.

Man scheint sich in der Arbeiterklasse vielfach noch nicht klar darüber zu sein, ein wie großes Interesse die Arbeiterklasse an einem möglichst hohen Arbeitsvertrag hat. Es kommt für die Arbeiter nicht darauf an, daß sie ein möglichst hohes Geldeinkommen, sondern darauf, daß sie ein möglichst hohes Realkohm haben. Das heißt nicht, wieviel Papiercheine sie nach Hause tragen, sondern wieviel sie sich dafür kaufen können. Die Höhe dieses Realkohms ist aber vor allen Dingen von der Höhe des Arbeitsvertrages abhängig.

Man findet häufig die Meinung, daß auf Kosten des Kapitalprofits das Arbeitseinkommen sehr bedeutend gesteigert werden könnte. Diese Annahme ist aber falsch. Würde aller Kapitalprofit beseitigt, so könnten dadurch die Löhne im Durchschnitt nur etwa 5-10 Proz. erhöht werden. Daraus folgt, daß nennenswerte Lohn erhöhungen zu einem Erzeugen der Preise führen müssen, wenn es nicht gelingt, sie durch Erhöhung des Arbeitsvertrages auszugleichen. Nur deswegen ist